

P

ANNE
APPLEBAUM

DIE ACHSE DER AUTO KRATEN

Korruption, Kontrolle, Propaganda:
Wie Diktatoren sich gegenseitig
an der Macht halten

Aus dem Englischen von Jürgen Neubauer

Pantheon

Die Originalausgabe erschien 2024
unter dem Titel *Autocracy, Inc.* bei Doubleday, New York.

Der Verlag behält sich die Verwertung des urheberrechtlich
geschützten Inhalts dieses Werkes für Zwecke des Text- und
Data-Minings nach § 44b UrhG ausdrücklich vor.
Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

1. Auflage

Pantheon-Ausgabe Januar 2026

Copyright © 2024 by Anne Applebaum

Copyright © dieser Ausgabe 2026 by Pantheon Verlag
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,

Neumarkter Straße 28, 81673 München

produktsicherheit@penguinrandomhouse.de

(Vorstehende Angaben sind zugleich Pflichtinformationen nach GPSR.)

Redaktion: Bernd Klöckener, Berlin

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München

Satz: satz-bau Leingärtner, Nabburg

Druck und Bindung: CPI books GmbH

Printed in Germany

ISBN 978-3-570-55519-4

www.pantheon-verlag.de

Für die Optimisten

Inhalt

	Vorwort zu dieser Ausgabe	9
Einleitung	Die Achse der Autokraten	19
Kapitel 1	In Gier vereint	35
Kapitel 2	Das Krebsgeschwür der Kleptokratie	59
Kapitel 3	Der Kampf um die Deutungshoheit	81
Kapitel 4	Ein neues Betriebssystem	115
Kapitel 5	Die Verunglimpfung der Demokraten	139
Epilog	Demokraten, vereinigt euch!	167
	Dank	193
	Anmerkungen	195
	Register	217

Vorwort zu dieser Ausgabe

Die Achse der Autokraten erschien im Oktober 2024 in Deutschland. Am eigentlichen Gegenstand des Buchs, dem Netzwerk der Diktatoren, die keine Ideologie, sondern gemeinsame Interessen teilen, hat sich seither wenig verändert. Der russische Diktator Wladimir Putin setzte seinen Krieg gegen den souveränen Staat der Ukraine fort. Der venezolanische Diktator Nicolás Maduro hielt sich an der Macht, obwohl ihn die Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit abgewählt hat. Das syrische Regime wurde zwar gestürzt, doch nun nehmen seine wichtigsten Verbündeten Iran und Russland Einfluss auf die Nachfolger. Von Aserbaidschan bis Simbabwe propagieren Diktatoren, die allesamt dem informellen Netzwerk angehören, das ich Achse der Autokraten nenne, in ihren eigenen Ländern und im Rest der Welt ihre autoritären Erzählungen und betreiben ihre undurchsichtigen Geschäfte.

Was sich allerdings seither verändert hat, ist die demokratische Welt. Im November 2024 wurde in den Vereinigten Staaten von Amerika, die achtzig Jahre lang eine mächtige demokratische Allianz anführten und in aller Welt demokratisches Gedankengut förderten, ein Präsident gewählt, der keinerlei Interesse an der Demokratie und an demokratischen Staaten hat. Stattdessen begann Donald Trump, die amerikanische Innen- und Außenpolitik an Werten und Praktiken der in diesem Buch beschriebenen autokratischen Welt auszurichten.

Dieser dramatische Wandel zeigte sich besonders im Umgang der neuen Regierung mit den traditionellen Verbündeten der Vereinigten Staaten. Von Beginn seiner Präsidentschaft an attackierte und beleidigte Trump die Ukraine, Kanada und die Europäische Union und belegte Waren aus diesen Ländern sowie aus Japan und Südkorea mit unerklärlich hohen Zöllen. Im Oval Office schrie er den Präsidenten der Ukraine an, er sprach davon, Grönland und Kanada zu annektieren, und behauptete, die Europäische Union sei nur gegründet worden, um die Vereinigten Staaten über den Tisch zu ziehen. An Russland, China, dem Iran und anderen Ländern, die seit Langem kooperieren, um, wie in diesem Buch beschrieben, die politische und wirtschaftliche Macht der Vereinigten Staaten zu untergraben, übte er dagegen kaum Kritik. Die Mitglieder seiner Führungsriege stießen in dasselbe Horn. »Ich teile Ihre Abneigung gegen das Schmarotzertum der Europäer«, schrieb Verteidigungsminister Pete Hegseth in einer durchgestochenen SMS an Kabinettskollegen. »Es ist *erbärmlich*.«

Diese Abwendung von der demokratischen Welt ging einher mit einem ebenso revolutionären Wandel der offiziellen Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Korruption und Kleptokratie im In- und Ausland. Das hätte niemanden verwundern sollen: Von Beginn seiner Laufbahn an, lange bevor er ein Interesse an Politik erkennen ließ, fühlte Donald Trump sich in der zwielichtigen Welt der Scheinfirmen und Nummernkonten daheim, dem Tummelplatz der Autokraten. Seit den 1990er-Jahren waren anonyme Investoren eine wichtige Geldquelle für Trumps Immobilienunternehmen. Damals floss Geld aus der ehemaligen Sowjetunion in undurchsichtige Immobiliengeschäfte, wie Trumps Sohn 2008 bekannte: »Was die Auslandsinvestitionen in unsere Luxusimmobilien angeht,

machen Russen einen überdurchschnittlichen Anteil aus.« Jedes fünfte Apartment in Trump-Projekten wurde von Briefkastenfirmen erworben, deren wahre Eigentümer niemand kennt. Während seiner ersten Präsidentschaft kauften sich anonyme Investoren weiterhin in seine Unternehmen ein.

In dieser ersten Amtszeit unterließ oder umging Trump die Regeln zur Vermeidung von Interessenkonflikten, die verhindern sollen, dass Politiker ihre Position zur Selbstbereicherung ausnutzen. In seiner zweiten Amtszeit setzte er sich völlig ungeniert darüber hinweg und machte von Anfang an klar, dass er und seine Familie ihre lukrativen Geschäftsbeziehungen zur autokratischen Welt ausbauen und ihren politischen Einfluss zu Hause zu Geld machen würden. In den Wochen nach der Wahl kündigte die Trump Organization den Bau eines Trump Tower in Saudi-Arabien an, eine Investition, aus der sich ein klarer Interessenkonflikt für den Präsidenten ergibt. Trumps Familie gründete das Kryptowährungsunternehmen World Liberty Financial, sodass praktisch jeder indirekt Bestechungsgelder an den Präsidenten zahlen könnte. Es verhiess nichts Gutes, dass die Regierung ein Strafverfahren gegen Justin Sun, einen chinesischen Unternehmer und Berater von World Liberty Financial, fallen ließ, der mindestens 75 Millionen Dollar in das Unternehmen investiert hatte.

Passend zur neuen Stimmungslage geriet die Amtseinführung zur protzigen Demonstration der kleptokratischen Werte der neuen Regierung. Prominenteste Gäste waren die CEOs der amerikanischen Techkonzerne, doch auch ausländische Geschäftspartner der Trump Organization nahmen an den Feierlichkeiten teil, posierten mit Trump auf Fotos und warben in ihren Prospekten mit ihren guten Verbindungen zum Präsidenten. Auch weniger bekannte Unternehmen, die in Regulierungs- und anderen Fragen in Verhandlungen mit der

Regierung standen, spendeten im Stillen Millionenbeträge für die Amtseinführung. Wenig später feuerte Trump in einer nächtlichen Säuberungsaktion siebzehn unabhängige Kontrolleure, die für die Überwachung von Korruption und von Verstößen gegen Verhaltensrichtlinien in Bundesbehörden zuständig waren.

Zwar haben Reiche in der amerikanischen Politik (so wie fast überall) schon immer eine wichtige Rolle gespielt. Doch mit dem Beginn von Trumps zweiter Amtszeit erhielt einer von ihnen eine in der Geschichte der Vereinigten Staaten beispiellose Rolle. Elon Musk, der abgesehen vom Segen des Präsidenten keinerlei Mandat hatte, gewann gewaltigen Einfluss über ebenjene staatlichen Institutionen, die seine Unternehmen lange finanziert und überwacht hatten. Musks sogenanntes Department of Government Efficiency strich unter anderem Stellen in der Verkehrssicherheitsbehörde, die auch bei Unfällen von Fahrzeugen seines Unternehmens Tesla ermittelte. Noch nach seinem Ausscheiden aus der Regierung hatten die unter Musk durchgeführten Massenentlassungen Behinderungen bei dreißig Ermittlungsverfahren gegen seine Unternehmen zur Folge, darunter SpaceX, Tesla und Neuralink. Gleichzeitig drängte Musk darauf, dass sein Satellitennetzwerk Starlink zum Telekommunikationsanbieter für Behörden wie die General Services Administration oder die Flugaufsichtsbehörde wird und SpaceX neue Aufträge erhält.

Auch auf Bundesebene war der Kurswechsel radikal – zugunsten undurchsichtiger Geschäftspraktiken und zum Schaden der amerikanischen Bürger. Das Finanzministerium kündigte an, Ermittlungen gegen Unternehmen einzustellen, die ihre Eigentümer nicht – wie es das Gesetz verlangt – öffentlich machen, und erschwerte damit den Kampf gegen die Geldwäsche. Trump ordnete die Schließung des Anlegerschutzes amtes

an, das eingerichtet worden war, um Verbraucher vor Manipulation durch Banken und andere Finanzeinrichtungen zu bewahren. Außerdem entließ er hochrangige für Ethik, Arbeitnehmerrechte und den Schutz von Whistleblowern zuständige Beamte, darunter die Leitungen des Office of Government Ethics, des Office of Special Counsel und des Merit Systems Protection Board.

Die persönlichen finanziellen Interessen Trumps und seiner Gefolgschaft begannen auch die amerikanische Außenpolitik in nie da gewesener Weise zu prägen. Während der Verhandlungen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj überreichten Trumps Leute Selenskyjs Mitarbeitern ein Memorandum mit der Forderung, die Ukraine solle auf unbegrenzte Zeit die Hälfte ihrer künftigen Einnahmen aus Bodenschätzen abtreten. Nach Aussagen der Ukrainer, die das ursprüngliche Dokument sahen, blieb dabei offen, wie diese Bodenschätze abzubauen wären und an wen die Erlöse fließen sollten. Dabei waren Trumps Verhandlungen mit Russland von Anfang nicht etwa von dem Wunsch geleitet, einen gerechten und dauerhaften Frieden für die Ukraine zu erreichen, sondern zielten darauf ab, dass amerikanische Unternehmen von der Aufhebung der Sanktionen gegen Russland profitieren.

Eine ähnliche Kehrtwende prägt Trumps Innenpolitik: weg vom Rechtsstaat und den vom Kongress geschaffenen Institutionen, hin zur Personalisierung der Macht. Unter dem Vorwand der »Einsparung« beschloss die Regierung Massentlassungen und Mittelkürzungen, ohne sich die Mühe zu machen, die betroffenen Institutionen einer Prüfung zu unterziehen oder auch nur ihren Zweck zu verstehen. Betroffen waren unter anderem amerikanische Auslandssender wie Voice of America, Radio Free Europe/Radio Liberty, Radio Free

Asia und andere Medien, die über Jahrzehnte hinweg unabhängigen Journalismus in Regionen brachten, in denen dieser fehlte. Die Schließung der Entwicklungshilfebehörde USAID, die mit ihren Programmen die Ärmsten der Armen mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgte, führte zu einer Welle von Krankheit und Tod in aller Welt. Diese Programme wirkten lange Zeit den Einflusskampagnen Russlands, Chinas, des Iran und anderer entgegen, woran die Trump-Regierung offenkundig nicht mehr interessiert war.

Die Regierung begründete die Streichungen mit Sparmaßnahmen, doch da die Programme lediglich einen Bruchteil des US-Haushalts ausmachten, kann das nicht der wahre Grund sein. Vielmehr scheint es bei ihrer Schließung und der Demontage von Ministerien und Behörden für Bildung, Forschung, Gesundheit oder Sozialversicherung um eine Neuausrichtung des Verhaltens und der Werte der Beamtenschaft zu gehen. Seit Ende des 19. Jahrhunderts stehen Rechtsstaatlichkeit, Verfassungstreue, politische Neutralität und Umsetzung rechtmäßiger politischer Entscheidungen (ob von Demokraten oder Republikanern) im Mittelpunkt der Ausbildung von Staatsdienern. Ihre Aufgabe ist es, die objektiven Gegebenheiten – zum Beispiel den Grad der Luftverschmutzung – zu ermitteln und entsprechend darauf zu reagieren. Die Überparteilichkeit des Systems galt lange für alle als selbstverständlich, vom erzkonservativen FBI-Angestellten bis zum liberalen Mitarbeiter in der Umweltbehörde.

Gleich nachdem Trumps Kabinett zusammengetreten war, machte es sich daran, diese Beamten durch Getreue zu ersetzen, die keinen Eignungs-, sondern einen Loyalitätstest zu bestehen hatten. In den ersten Wochen wurde mindestens zwei Kandidaten für höhere Ämter im FBI die Frage gestellt,

wer am 6. Januar 2021 die »wahren Patrioten« gewesen seien. Damit sollten sie nicht nur ihre Loyalität gegenüber Trump unter Beweis stellen, sondern auch Lügen bestätigen und auf diese Weise gegen das Beamtenethos verstoßen, das von ihnen verlangt, Entscheidungen auf Grundlage von Fakten, nicht von Mythen oder Märchen zu treffen.

Der Kurswechsel war ebenso rasch wie folgeschwer. Mitarbeiter von Bundesbehörden fanden sich mit einem Mal in derselben Position wieder wie die Bürger eines besetzten Landes. Im Frühjahr 2025 schrieb mir eine Frau, die während ihrer Laufbahn vor allem an bedeutenden Universitäten und staatlichen Wissenschaftseinrichtungen gearbeitet hatte. Sie hatte einen meiner Artikel gelesen, in dem ich beschrieb, wie Bürger einen Regimewechsel erleben, und fühlte sich angesprochen: Auch sie werde bald »vor der Wahl stehen, zu kündigen, entlassen zu werden oder als Erfüllungsgehilfin des Regimes zu gelten«. Solche Entscheidungen hatten die Amerikaner bislang nicht zu treffen. Den Bewohnern der in diesem Buch dargestellten autokratischen Welt jedoch würde eine solche Situation bekannt vorkommen.

Gleiches gilt für die Gerichtsverfahren, mit denen Trump die Medien einzuschüchtern versucht. Oder sein Bestreben, republikanische Abgeordnete und Senatoren auf Linie zu bringen, indem er droht, ihnen den Geldhahn für die Finanzierung künftiger Wahlkampagnen zuzudrehen. Oder die gezielte Verfolgung ausländischer Studierender, die zum Teil von Polizeibeamten in Zivil auf offener Straße verhaftet wurden. Oder die willkürliche Abschiebung von Einwanderern, selbst solchen mit gültiger Aufenthaltserlaubnis, und ihre Internierung in Gefängnissen in El Salvador.

In all diesen Veränderungen ist ein Muster erkennbar. Eine personenzentrierte, ja patrimoniale Außenpolitik, die weder

den Vereinigten Staaten selbst noch ihren Verbündeten dient, sondern nur dem amerikanischen Präsidenten, seinen Freunden und seiner Familie. Ein politisches System, das nicht Verdienst, sondern Loyalität belohnt. Ein Trommelfeuer der Propaganda gegen Richter, Journalisten, Whistleblower und alle, die dem Regime im Weg stehen. Was in den von Mitgliedern der Achse der Autokraten regierten Staaten gang und gäbe ist, kennzeichnet nun auch das politische System, das die Trump-Regierung in den Vereinigten Staaten errichten will.

Amerikaner, die an die Prinzipien des Rechtsstaats glauben, Verbündete in Europa und Asien, die lange die Führungsrolle der Vereinigten Staaten anerkannt haben, und Kämpfer für die Demokratie in aller Welt, die die amerikanischen Ideale bewundert haben – sie alle, *wir alle* müssen uns überlegen, wie wir uns angesichts dieser dramatischen Veränderungen verhalten sollen. Die Bundesrepublik Deutschland, deren Sicherheitsarchitektur vor acht Jahrzehnten geschaffen wurde, um die Macht der Vereinigten Staaten zu stärken und von deren Sicherheitsinteressen zu profitieren, muss ihre wirtschaftlichen und finanziellen Grundannahmen auf den Prüfstand stellen. Die Zeit, in der sich Deutschland in den Bereichen Kultur, Technologie und Handel den amerikanischen Interessen beugte und im Gegenzug Verbindlichkeit, Engagement und Schutz erwarten konnte, ist vorüber. Die Deutschen mögen sich scheuen, Europa in eine neue und gefährliche Zeit zu führen, doch als größte und modernste Volkswirtschaft Europas haben sie gar keine andere Wahl – und sie sollten bedenken, dass sie nicht nur einen Preis dafür zahlen, sondern auch einen Nutzen daraus ziehen werden. Statt amerikanische Technologie zu kaufen oder deren Einfluss zu akzeptieren, kann Deutschland einen Beitrag zur Entwicklung europäischer Versionen leisten. Statt zuzusehen, wie ihre Wissenschaftler

das Land verlassen, kann Deutschland dazu beitragen, Europa attraktiv zu machen für Wissenschaftler, die in den Vereinigten Staaten nicht mehr willkommen sind, und für Unternehmer, denen die Instabilität der Vereinigten Staaten Sorgen macht.

Der Appell, den ich am Ende dieses Buchs ausspreche, behält seine Gültigkeit, und er trifft in besonderem Maße auf Deutschland zu. Für die demokratische Welt bleiben breite, starke und gezielte Bündnisse die einzige Möglichkeit, sich dem Einfluss der autokratischen Propaganda und Korruption entgegenzustellen. Nur werden wir dabei jetzt, zumindest vorübergehend, ohne die Führung der Vereinigten Staaten auskommen müssen.

Einleitung

Die Achse der Autokraten

Jeder von uns hat ein Bild von einem autokratischen Staat im Kopf. An der Spitze steht der Schurke, ihm zur Seite Armee und Polizei, die den Bürgern mit Gewalt drohen. Es gibt böse Mittäter und womöglich einige mutige Dissidenten.

Das ist jedoch eine Karikatur, die mit der Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts wenig zu tun hat. Autokratien werden nicht von einem einzigen Bösewicht kontrolliert, sondern von raffinierten Netzwerken mit kleptokratischen Strukturen, einem komplexen Sicherheitsapparat aus Armee, Paramilitärs und Polizei sowie technischen Experten, die für Überwachung, Propaganda und Desinformation zuständig sind. Die Mitglieder dieser Netzwerke stehen nicht nur innerhalb des Landes untereinander in Verbindung, sondern auch mit den Netzwerken anderer Autokratien und manchmal sogar mit denen demokratischer Staaten. Korrupte, vom Staat kontrollierte Unternehmen in einer Diktatur machen Geschäfte mit korrupten, vom Staat kontrollierten Unternehmen in anderen Diktaturen. Die Polizeikräfte eines Landes unterstützen die Polizeikräfte anderer Länder mit Ausrüstung und Ausbildung. Die Propagandisten teilen ihre Ressourcen untereinander – Trollfarmen und Medien, die die Lügen eines Diktators verbreiten, können auch die eines anderen verbreiten – und haben

Einleitung

gemeinsame Themen: den Niedergang der Demokratie, die Stabilität der Autokratie und die bösen Vereinigten Staaten.

Dazu müssen sich die Schurken nicht wie in einem James-Bond-Film in einer geheimen Zentrale treffen. Unser Konflikt mit ihnen ist auch kein Systemwettstreit mit klaren Fronten und kein »Kalter Krieg 2.0«. Die modernen Autokraten bezeichnen sich als Kommunisten, Monarchisten, Nationalisten und Theokraten. Ihre Regimes haben ganz eigene historische Wurzeln, Ziele und Stile. Es gibt erhebliche Unterschiede zwischen dem Kommunismus Chinas, dem Nationalismus Russlands, dem bolivariischen Sozialismus Venezuelas, der Dschutsche-Ideologie Nordkoreas und der radikalen Schia der Islamischen Republik Iran. Sie alle unterscheiden sich von Autokratien wie den arabischen Monarchien oder Vietnam, die weniger daran interessiert sind, die demokratische Welt zu untergraben; und sie unterscheiden sich von softeren Autokratien und hybriden, bisweilen auch »nichtfreiheitlich« genannten Demokratien wie der Türkei, Singapur, Indien, den Philippinen oder Ungarn, die je nach Anlass mit der demokratischen Welt auf einer Linie liegen oder nicht. Im Gegensatz zu früheren militärischen und politischen Bündnissen tritt diese Gruppe nicht als Block auf, sondern eher wie eine Kooperation von Unternehmen. Den Zusammenhalt liefert keine gemeinsame Ideologie, sondern nur die skrupellose Entschlossenheit, mit der sie sich selbst bereichern und ihre Macht erhalten. Deshalb spreche ich von der Achse der Autokraten.

Den autokratischen Führern¹ von Russland, China, dem Iran, Nordkorea, Venezuela, Nicaragua, Angola, Myanmar, Kuba, Syrien, Simbabwe, Mali, Belarus, Sudan, Aserbaidshan und gut drei Dutzend anderen Ländern² gemeinsam ist das Ziel, die Bürger ihres Landes von allen Entscheidungen auszuschließen, ihnen die politische Stimme zu verwehren, Transparenz

und Rechenschaft in jeder Form zu verweigern und ihre Kritiker im In- und Ausland zu verfolgen. Eine weitere Gemeinsamkeit ist ihre brutale und pragmatische Einstellung zu Reichtum. Im Gegensatz zu faschistischen und kommunistischen Führern der Vergangenheit, die Parteiapparate in ihrem Rücken wussten und ihren Reichtum nicht zur Schau stellten, leben die Führer der Achse der Autokraten oft in luxuriösen Villen und betätigen sich als Unternehmer. Ihre Bande untereinander und mit ihren Freunden in der demokratischen Welt sind keine Ideale, sondern Geschäftsbeziehungen, die der Aufweichung internationaler Sanktionen, dem Austausch von Überwachungstechnologie und der gegenseitigen Bereicherung dienen.

Außerdem unterstützt die Achse der Autokraten ihre Mitglieder beim Machterhalt. Die verhasste Regierung von Alexander Lukaschenko in Belarus³ wurde wiederholt von internationalen Organisationen wie der Europäischen Union oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa kritisiert und wird von ihren europäischen Nachbarn gemieden. Viele Güter aus Belarus können nicht in die Vereinigten Staaten oder die Europäische Union exportiert werden, und die nationale Fluggesellschaft Belavia erhält in Europa keine Landeerlaubnis. Doch in der Praxis ist Belarus keineswegs isoliert. Mehr als zwei Dutzend chinesische Unternehmen haben im Land investiert und sogar einen chinesisch-belarussischen Industriepark nach einem Vorbild in Suzhou errichtet.⁴ Der Iran und Belarus haben 2023 den diplomatischen Austausch auf höchster Ebene aufgenommen.⁵ Kubanische Vertreter haben vor den Vereinten Nationen ihre Solidarität mit Lukaschenko bekundet. Vor allem Russland bietet Märkte, grenzüberschreitende Investitionen, politische Rückendeckung und wahrscheinlich auch polizeiliche und

militärische Unterstützung. Als sich belarussische Journalisten 2020 weigerten, ein gefälschtes Wahlergebnis zu verbreiten, entsandte Russland Journalisten, um sie zu ersetzen.⁶ Im Gegenzug gestattete die belarussische Regierung Russland die Stationierung von Truppen und Waffen sowie die Verwendung dieser Stützpunkte im Krieg gegen die Ukraine.

Auch Venezuela ist theoretisch international isoliert. In Reaktion auf die Brutalität, den Drogenschmuggel und die Verstrickung des Regimes in die internationale Kriminalität haben die Vereinigten Staaten, Kanada und die Europäische Union seit 2008 ihre Sanktionen verschärft. Doch die Regierung von Nicolás Maduro erhält Kredite von Russland,⁷ das auch in die venezolanische Ölindustrie investiert, genau wie der Iran. Ein belarussisches Unternehmen lässt Traktoren in Venezuela montieren,⁸ und die Türkei ermöglicht dem Land seinen unzulässigen Goldhandel.⁹ Kuba hat seit Langem Sicherheitsberater entsandt und unterstützt die Regierung mit Militärtechnologie. Bei der Niederschlagung der Demonstrationen der Jahre 2014 und 2017 in Caracas, in deren Verlauf mehr als siebzig Menschen getötet wurden, kamen Wasserwerfer, Tränengas und Polizeischilder aus chinesischer Produktion zum Einsatz.¹⁰ Auch bei der Überwachung der Bevölkerung greift China dem Regime unter die Arme.¹¹ Dank des internationalen Drogenhandels sind Regierungsmitglieder und ihre Angehörigen und Gefolgsleute bestens mit Versace und Chanel versorgt.

Die Diktatoren von Belarus und Venezuela sind in ihrer Heimat verhasst.¹² Freie Wahlen würden sie verlieren, wenn es solche Wahlen denn gäbe.¹³ In beiden Ländern gibt es eine starke Opposition mit charismatischen Anführern und einer leidenschaftlichen Basis, die ihre Mitbürger inspirieren, Risiken auf sich zu nehmen, für eine Wende zu kämpfen und auf

die Straße zu gehen. Im August 2020 demonstrierten in Belarus mehr als eine Million Menschen (bei einer Bevölkerung von zehn Millionen) gegen den Wahlbetrug. Auch in Venezuela gingen Hunderttausende auf die Straßen.

Wenn ihre Gegner nur das korrupte und bankrotte Regime Venezuelas oder das feige und brutale Regime in Belarus gewesen wären, dann wären diese Proteste vielleicht erfolgreich verlaufen. Doch ihre Gegner waren nicht nur die Autokraten im eigenen Land, sondern die Autokraten in aller Welt, die in zahlreichen Ländern Staatsbetriebe unterhalten, über die sie Investitionen in Milliardenhöhe tätigen können. Ihre Gegner waren Regimes, die Überwachungstechnologie in China und Bots in Russland kaufen. Vor allem aber kämpften sie gegen Führer, denen die Befindlichkeiten und Ansichten ihrer Landsleute und der internationalen Gemeinschaft gleichgültig sein können. Die Achse der Autokraten versorgt ihre Mitglieder nämlich nicht nur mit Geld und Waffen, sondern sie bietet ihnen etwas weniger Greifbares: Straflosigkeit.

Das unter den hartgesottenen Autokraten verbreitete Bewusstsein, dass ihnen die Welt nichts anhaben kann – das Bewusstsein, dass andere Länder keine Rolle spielen und sie sich nie der öffentlichen Meinung stellen müssen –, ist relativ neu. Selbst der Führung der Sowjetunion, der mächtigsten Autokratie der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, war sehr an der internationalen Wahrnehmung gelegen. Energisch behauptete sie die Überlegenheit ihres politischen Systems und widersprach jeglicher Kritik daran. Zumindest nach außen hin bekannte sie sich zu den nach dem Zweiten Weltkrieg unterzeichneten Abkommen und Übereinkünften zu Menschenrechten, Krieg und Rechtsstaatlichkeit. Als der sowjetische Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow 1960 in seiner berühmten Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen